

Anstoß für ONE STATE in Israel und Palästina?

Ilan Pappé, The Hindu, 04.12.19

Jede zukünftige Lösung muss die Übel der Vergangenheit korrigieren und allen Palästinensern Demokratie bieten

Die Anerkennung der illegalen jüdischen Siedlungen im Westjordanland durch das US-Außenministerium ist ein weiteres Indiz dafür, dass die Zwei-Staaten-Lösung tot ist. Es gibt 600.000 jüdische Siedler im Westjordanland, und sie werden bald ein Drittel der Gesamtbevölkerung ausmachen. Als die zionistischen Siedler in den 1930er Jahren ein Drittel der Bevölkerung zählten, war Palästina dem Untergang geweiht. Zu diesem Zeitpunkt begann die zionistische Führung, die ethnische Säuberung Palästinas 1948 in Betracht zu ziehen.

Das Westjordanland befindet sich in einer ähnlichen Gefahr. Weite Gebiete wurden bereits ethnisch gesäubert, und der Rest ist in Enklaven eingezwängt, die Israel jederzeit in unbewohnbare Gebiete verwandeln kann, wie es im Gaza-Streifen geschah. Diese Politik war bisher immun gegenüber jeglicher bedeutenderen internationalen Rüge.

Imaginäre Heimat

Es handelt sich jetzt um einen Kampf für einen Systemwechsel, um ein System, das der Hälfte der Bevölkerung, die zwischen dem Fluss Jordan und dem Mittelmeer lebt, alle Privilegien zugesteht und der anderen Hälfte weiterhin ihren Lebensraum, ihr Land, ihre Rechte, ihre Würde und ihr Leben raubt.

Die „Grüne Linie“ - die Waffenstillstandslinie von 1949, die Israel von der Westbank trennt - ist ein Hirngespinnst derjenigen, die die Zwei-Staaten-Lösung unterstützen. Sie wurde durch ein Groß-Israel ersetzt, das mit dem 2018 verabschiedeten israelischen Nationsgesetz regiert wird, das besagt, dass nur die Juden das Recht auf Selbstbestimmung im gesamten historischen Palästina haben, es legitimiert die weitere Kolonisierung des Landes und hält das Apartheidsystem aufrecht.

Diese neue Realität fordert jeden zu einem anderen Ansatz heraus, der sich um die Zukunft der Palästinenser sorgt und ihre Grundrechte respektiert. Es handelt sich jetzt um einen Kampf für einen Systemwechsel, um ein System, das der Hälfte der Bevölkerung, die zwischen dem Fluss Jordan und dem Mittelmeer lebt, alle Privilegien zugesteht und der anderen Hälfte weiterhin ihren Lebensraum, ihr Land, ihre Rechte, ihre Würde und ihr Leben raubt. Eine solch bedrückende Realität wird nicht mit einem „Friedensprozess“ gelöst, sondern nur mit einer Dekolonisierung, die das Verhältnis zwischen der dritten Generation der jüdischen Siedler, die im späten 19. Jahrhundert ankamen, und der einheimischen Bevölkerung Palästinas auf der Grundlage der Gleichheit neu konstituiert.

Die Dekolonisierung wird zu Recht mit Prozessen in Verbindung gebracht, die in der ersten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts stattfanden (wie z.B. der, der zur Befreiung Indiens führte), aber das bedeutet nicht, dass die Kolonisierung vom Rest der Welt verschwunden ist. Noch wichtiger ist, dass

der Prozess der Dekolonisierung, abgesehen von zwei Orten, Algerien und Südafrika, die Kolonialprojekte der Siedler nicht beeinträchtigt hat, die mit der Gründung der Vereinigten Staaten, Kanadas, Australiens, Neuseelands und Israels endeten, um nur einige der Beispiele zu nennen.

Anhaltende „Katastrophe“

In einigen Fällen handelte die Siedlergemeinschaft nach der Logik, die von dem verstorbenen australischen Gelehrten Patrick Wolfe als „die Logik der Eliminierung der Eingeborenen“ definiert wurde. Dies führte zum Völkermord an den amerikanischen Ureinwohnern und Aborigines. Aber sogar dort geht der Kampf um Anerkennung, Wiedergutmachung und Gleichberechtigung weiter. In Palästina wurde diese Logik in einen schrittweisen Prozess der ethnischen Säuberung übersetzt, den die Palästinenser als „die andauernde Nakba“ bezeichnen (*Nakba* bedeutet im Arabischen Katastrophe und wird in der palästinensischen Darstellung zur Beschreibung der ethnischen Säuberung von 1948 verwendet).

Der zionistischen Bewegung gelang es 1948, die Hälfte der palästinensischen Bevölkerung zu vertreiben, und seit 1967 lenkte sie den Abzug von Hunderttausenden von Palästinensern aus dem gesamten historischen Palästina (Westjordanland, Gazastreifen und Israel). Heute fährt die israelische Regierung fort, das Land der Palästinenser zu enteignen und ihnen Ressourcen zu entziehen, wodurch Bedingungen geschaffen werden, die für viele Palästinenser unhaltbar werden.

In den 1960er und 1970er Jahren widersetzten sich die Palästinenser dieser Politik der Kolonisierung und Enteignung mit einem bewaffneten Kampf im Bestreben nach Freiheit und Befreiung. In vielerlei Hinsicht scheint die Hamas in Gaza immer noch daran zu glauben, dass dies ein wirksames Instrument im Kampf sein kann. Aber einige Palästinenser scheinen einer anderen Art des Widerstandes der Bevölkerung den Vorzug zu geben, angesichts des Ungleichgewichts der Stärke zwischen der stärksten Militärmacht in Westasien und der schwächsten.

Der „Marsch der Rückkehr“ - den wöchentlichen friedlichen Demonstrationen von Tausenden von Palästinensern am Zaun zwischen dem Gazastreifen und Israel - ist ein Beispiel für eine andere Art von Widerstand der Bevölkerung, der nicht nur das Ende der unmenschlichen Belagerung des Gazastreifens und seiner zwei Millionen Menschen fordert, die dort zu einer menschlichen Katastrophe geführt hat, sondern auch das Recht der Flüchtlinge auf Rückkehr in ihre Heimat; 80% der Palästinenser im Gazastreifen sind Flüchtlinge, die in der Nähe ihrer Länder, Dörfer und Städte leben, aus denen sie 1948 vertrieben wurden.

Ziviler oder bewaffneter Widerstand auf dem Weg zur Befreiung wäre nicht nötig gewesen, wenn die internationale Diplomatie mutig die Ursprünge des Konflikts in Palästina untersucht und auf ihrer Grundlage eine gerechte und dauerhafte Lösung unterstützt hätte. **Aber die internationale Gemeinschaft und vor allem die westlichen politischen Eliten unterstützen Israel voll und ganz und schweigen angesichts der fortgesetzten Enteignung der Palästinenser. Sie übernahmen die Zwei-Staaten-Lösung als ihren Standard für das, was getan werden sollte, und wurden von der palästinensischen Führung unterstützt, die hoffte, zumindest einen Teil Palästinas zu retten (22%). Dieser Ansatz ist kläglich gescheitert.** Israel hat sicher gestellt, dass ein souveräner palästinensischer Staat unmöglich ist. Jetzt haben wir eine amerikanische Regierung, die Israels Wunsch, die

Palästinenserfrage zu entpolitisieren und Israel zu erlauben, seine Souveränität über das gesamte historische Palästina auszudehnen, voll und ganz unterstützt (und damit auch das Recht jedes palästinensischen Flüchtlings auf Rückkehr kategorisch ablehnt - ein Recht, das von der UNO in ihrer Resolution 194 vom 11. Dezember 1948 anerkannt wurde).

Wir haben 50 Jahre damit verschwendet, auf diese Lösung zu drängen, und das Endergebnis dieser Bemühungen waren mehr jüdische Siedlungen im Westjordanland und eine völlige Trennung zwischen dem Gazastreifen und dem Westjordanland; jetzt sehen wir eine weitere Frucht dieses Ansatzes - eine amerikanische Anerkennung der Judaisierung des Westjordanlandes.

Die Zivilgesellschaft in Palästina und rund um den Globus glaubt auf eine andere Art und Weise an die Zukunft. Im Gegensatz zu ihren politischen Eliten betrachtet sie die Situation in Palästina nicht als einen Konflikt, sondern als einen Kampf gegen den Kolonialismus der Siedler; nicht anders als der Kampf gegen das Apartheid-Südafrika. So war der erste Schritt nach vorne, der von der palästinensischen Zivilgesellschaft voran gebracht wurde, die Aufforderung an die internationale Gemeinschaft, sich von Israel zu distanzieren, es zu boykottieren und zu sanktionieren, um die „anhaltende Katastrophe“ zu stoppen. Diese BDS-Kampagne, oder Boykott, Desinvestition, Sanktionen, wird so lange fortgesetzt, bis die Menschen in der Westbank von der Militärregierung, die Menschen in Gaza von der Belagerung befreit, die Flüchtlinge aus dem Exil zurückkehren und die Palästinenser in Israel als gleichberechtigte Bürger anerkannt werden.

Nächster palästinensischer Schritt

Der nächste Schritt beginnt sich nun zu entfalten, ein klarer alternativer palästinensischer Aufruf zur Gründung eines einzigen demokratischen Staates im gesamten historischen Palästina. Im Moment ist es eine Vision, bald wird es ein klares palästinensisches politisches Programm werden. Eines, das die Übel der Vergangenheit mit der Entschädigung und Rückgabe von verlorenem Land und Eigentum korrigiert, die Rückführung der Flüchtlinge ermöglicht und allen, die im historischen Palästina leben, Demokratie ohne jegliche Diskriminierung bietet. Diese Vision findet nun eine wachsende Unterstützung in der internationalen Gemeinschaft, unter jungen Palästinensern und progressiven Juden innerhalb und außerhalb Israels. Für viele Menschen sieht das immer noch wie eine unüberwindliche Aufgabe aus - privilegierte Menschen wie die Juden Israels würden ihre Position nicht bereitwillig aufgeben. Aber Druck von außen, ein anhaltender ziviler Widerstand von innen und ein klares palästinensisches Konzept für die Zukunft können diese Vision Wirklichkeit werden lassen. Wenigstens werden wir nicht weitere 50 Jahre damit vergeuden, einen verlorenen Schlüssel dort zu suchen, wo es Licht gibt, anstatt ihn dort zu suchen, wo wir ihn verloren haben.

Ilan Pappé ist Direktor des Europäischen Zentrums für Palästinastudien an der Universität von Exeter, Großbritannien. Der Historiker hat 20 Bücher geschrieben, darunter seinen Bestseller „Die ethnische Säuberung Palästinas“.

Übersetzung: Pako – palaestinakomitee-stuttgart.de

Quelle:

<https://www.thehindu.com/opinion/lead/one-state-push-for-israel-and-palestine/article30152631.ece>